

Bozen/Bolzano

Ra. Avv. Dr. Christoph Baur
Ra. Avv. Dr. Michael Walzl
Ra. Avv. Dr. Ivan Bott
Ra. Avv. Dr. Christoph Trebo
Ra. Avv. Dr. Andreas Zojer
Dr. Stephanie Wagger
Dr. Francesca Faustini
Dr. Nils Demetz
Dr. Manuel Unterthiner

Bruneck/Brunico

Ra. Avv. Dr. Dieter Schramm
Ra. Avv. Dr. Ivo Tschurtschenthaler
Ra. Avv. Dr. Alexander Alton
Ra. Avv. Dr. Dorothea Passler
Ra. Avv. Dr. Franz Complojer
Ra. Avv. Dr. Nausicaa Mall
Ra. Avv. Dr. Daniel Ellecosta
Ra. Avv. Dr. Barbara Kargruber
Dr. Melanie Santer

Meran/Merano

Ra. Avv. Dr. Magdalena Ladurner
Ra. Avv. Dr. Elisabeth Tinkhauser
Dr. Inge Wank

Anwaltssozietät
Studio legale associato
Mwst. Nr./Part. IVA: 02738680210

www.dike.bz.it

I-39100 Bozen/Bolzano
Duca-d'Aosta-Str. 100
Via Duca d'Aosta 100
Tel. 0471 051 620
Fax 0471 1 969 955
infobz@dike.bz.it

I-39031 Bruneck/Brunico
Herzog-Sigmund-Str. 1
Via Duca Sigismondo 1
Tel. 0474 555 103
Fax 0474 555 950
infobr@dike.bz.it

I-39012 Meran/Merano
Rennweg 6
Via delle Corse 6
Tel. 0473 491 800
Fax 0473 068 145
infome@dike.bz.it

Banken/Banche:

Sparkasse
Cassa di Risparmio
IBAN: IT 53 N 06045 58240 000005002819
SWIFT-BIC: CRBZIT2B070

Volksbank
Banca Popolare
IBAN: IT 62 F 05856 58240 010571227411
SWIFT-BIC: BPAAIT2B010

Raiffeisenkasse Bruneck
Cassa Raiffeisen Brunico
IBAN: IT 75 Z 08035 58242 000300025429
SWIFT-BIC: RZSBIT21005

Raiffeisenkasse Bozen
Cassa Rurale Bolzano
IBAN: IT 90 H 08081 11610 000306004407
SWIFT-BIC: RZSBIT21B03

An die
**Kammer der Architekten der Provinz
Bozen**
Sparkassenstrasse 15
39100 Bozen (BZ)

Bozen, 06. März 2013

Gutachten über die Abgrenzung des Zuständigkeitsbereichs der Geometer mit besonderer Berücksichtigung auf die Projektierung

Sehr geehrte Damen und Herren,

bezugnehmend auf Ihre rechtsfreundliche Anfrage hinsichtlich der Erstellung eines Gutachtes *pro veritate* bezüglich der Abgrenzung des Zuständigkeitsbereichs der Geometer, halte ich fest, dass dieses Thema seit jeher eine Unsicherheit zwischen den verschiedenen Berufskammern erweckt hat.

Hinsichtlich meiner Vorgangsweise halte ich fest, dass unter Buchstabe A) der Zuständigkeitsbereich der Geometer analysiert und möglichen Folgen einer Unzuständigkeit erörtert wurden. Im nachfolgenden Abschnitt B) finden Sie dann die Klärung auf Ihre Frage, ob durch eine Zusammenarbeit zwischen Geometer und Architekten oder Ingenieure der Kompetenzbereich „erweitert“ werden kann.

Abschließend werden die Schlussfolgerungen noch einmal kurz dargelegt.

A) ABGRENZUNG DES ZUSTÄNDIGKEITSBEREICHS DES GEOMETERS

Die Rechtsgrundlage betreffend den Zuständigkeitsbereich der Geometer stellt das königliches Dekret vom 11. Februar 1929, Nr. 274 dar, welches in Art. 16 eine Vielzahl von Tätigkeiten, welche im Kompetenzbereich des Geometers liegen, auflistet. Wie z.B.: topographische Erhebungen zur Erfassung und Messung, Trassierung von landwirtschaftlichen Straßen und eventuell von allen Straßen, Bewässerungsgräben, Ausmessung und Teilung von landwirtschaftlichen Grundstücken, sowie von urbanen Flächen, kleingliedrigen zivilen Bauwerken, Schätzung von Arealen, ländlichen Grundstücken und Ähnliches.

In Bezug auf die Aufträge von bedeutenderem Ausmaß müssen, wegen ihrer teilweisen Überschneidung mit den Kompetenzen der Architekten (und Ingenieuren), die Projektierung, die Leitung, die Überwachung und die

Liquidierung von Baustrukturen hervorgehoben werden. Hierzu schreibt der Buchstabe l) des vorzitierten Art. 16 des Königl. Dekrets vom 11. Februar 1929, Nr. 274, folgendes vor:

„Der Gegenstand und die Grenzen der Ausübung des Geometerberufes sind folgendermaßen geregelt:

...
l) Projektierung, Leitung, Überwachung und Liquidierung von landwirtschaftlichen Bauwerken und Gebäuden für die Agrarindustrie von geringem Ausmaß, mit gewöhnlicher Struktur, kleine Zubehörbauten in Stahlbeton, sofern es für diese keine besondere Berechnung benötigt und von denselben Bauwerken keine Gefahr für Personen ausgeht.“ (rechtsgültiger Originaltext Text s. italienische Version des gegenständlichen Gutachtens A.d.R.)

Der darauffolgende Buchstabe m) derselben Norm erklärt den Zuständigkeitsbereich des Geometers im Zusammenhang mit Bauwerken von „bescheidenen“ zivilem Charakter („*edifici di carattere civile modeste*“).

Das rechtliche Gesamtbild wird dann noch durch die Regelung für die Bauwerke aus Stahlbeton, normalem Spannbeton und mit metallischer Struktur, enthalten im Gesetz vom 05. November 1971, Nr. 1086, vervollständigt, ohne dass diese jedoch Klarheit verschaffen würde.

Unter Art. 2 behandelt dieses Gesetz die Projektierung und Leitung der Arbeiten, welche Stahlbetonbauten betreffen. Dort werden nicht nur die Techniker mit Laureat erwähnt, sondern auch ausdrücklich die Berufsgruppen der Geometer und der Bau-Sachverständigen, wobei festgehalten wird, dass die jeweiligen Techniker die betreffenden Projekte jedoch nur im Limit ihrer jeweiligen Kompetenzen unterzeichnen dürfen.

Angesichts einer solchen heterogenen und schlecht koordinierten rechtlichen Ausgangslage, erscheint es als unabdinglich die Rechtsprechung und Rechtslehre zu analysieren. Gerade die Rechtsprechung der letzten Jahre hat nämlich Klarheit über die Kompetenzfelder der Geometer verschafft.

Nach der gängigen Rechtsprechung, in einer dem Text gebundenen, „strengerer“ aber dem Gesetzestext nahekommenden Auslegung, ist unter dem Begriff „bescheidenes Bauwerk“ gem. Art. 16, Buchstabe m) des königl. Dekrets Nr. 274/1929 ein Bauwerk zu verstehen sein, welches unabhängig von dessen Dimensionen, einen beschränkten Projektierungsaufwand verlangt.

Angesichts dessen wäre es somit ausgeschlossen, dass ohne einer weiteren Spezifizierung des vorzitierten Buchstaben m) des obigen Artikels, ein Geometer die Projektierung und die Bauleitung von zivilen Bauwerken aus Stahlbeton übernehmen kann, da diese aufgrund des Gesetzes den Architekten und Ingenieuren vorbehalten sind.

Unter Berücksichtigung der Bestimmung unter Buchstabe l) des zitierten Art. 16 würde sich die Kompetenz des Geometers Bauwerke aus Stahlbeton zu projektieren somit auf jene kleinen Bauwerke beschränken, welche ein Zubehör für landwirtschaftlichen Bauten (und für jene der Agrarindustrie) darstellen, da von diesen, aufgrund ihrer Nutzung, keine Gefahr für Personen ausgeht. **Andere Bauwerke aus Stahlbeton dürfen hingegen nicht von einem Geometer projiziert werden.**

Dies ergibt sich auch aus einer wörtlichen und logisch-systematischen Auslegung der in Art. 16, Buchstaben l) und m) des königl. Dekrets Nr. 274/1929 enthaltenen Bestimmungen, welche die Grenzen der Zuständigkeiten des Geometers im Bereich der landwirtschaftlichen und zivilen Bauwerke regeln. Eine Befähigung der Geometer im Falle von „zivilen“ Bauwerken aus Stahlbeton, welche eine statische Funktion haben, ist nämlich grundsätzlich auszuschließen. Es gibt nämlich, ausgenommen für Zubehörbauten, keine weitere Ausnahmeregelung für Stahlbetonbauten.

Zudem wurde präzisiert, dass man zu diesem Schluss auch aufgrund der geschichtlichen Betrachtung des rechtlichen Umfelds, in welchem der Gesetzgeber von 1929 die Rechtsnorm erlassen hat, kommen müsste. Dies auch in Anbetracht der teleologischen Entwicklung derselben Rechtsnorm und der darauffolgenden gesetzgebenden Eingriffe im Sachgebiet Stahlbeton.

Die Gesetzeslage zum Zeitpunkt des Erlasses des königl. Dekrets Nr. 274/1929 hatte nämlich die zivilen Bauwerke, und insbesondere jene aus Stahlbeton, als Exklusivkompetenz der Architekten und Ingenieure vorgesehen, während alle anderen Funktionen, welche nicht in die Kategorie „Projektieren und Erbauen von Immobilien“ dem Landvermesser (heute Geometer) (siehe Gesetz Nr. 1395/1923, Art. 7) vorbehalten waren. Das königl. Dekret vom 23.10.1925, Nr. 2537 sah unter Art. 52 hinsichtlich der Berufsgruppen der Architekten und Ingenieure folgendes vor: „Das zivile Bauwesen betrifft sowohl die Berufsgruppe der Architekten als auch jene der Ingenieure...“ und gem. R.D.L Nr.1431 vom 07.06.1928, Teil II, Art. 1, betreffend die Materie des Stahlbetons, ist *„jedes Bauwerk, bei welchem das Bauegefüge aus Betonteilen oder Stahlbeton besteht, eine statische Funktion hat und zudem die Unversehrtheit der Personen beeinflusst, muss aufgrund eines Projekts errichtet werden, welches von einem in die jeweilige Kammer eingetragenen Architekten oder Ingenieur unterzeichnet ist...“*

Vor der Verabschiedung des königlichen Dekrets von 1929 konnte der Geometer also keine ländlichen, zivilen oder als Zubehör geltende Bauwerke projektieren und errichten, unabhängig davon, ob diese autonom, von geringer Wichtigkeit, klein oder groß waren.

Hätte der Gesetzgeber beabsichtigt den Geometern eine allgemeine Kompetenz für die Projektierung, Überwachung und Leitung der Bauten aus Stahlbeton zu erteilen, dann hätte er dies wohl ausdrücklich

vorgesehen. Dies hat er aber, in Anbetracht der spezifischen und auf ländliche Bauwerke beschränkten Kompetenzen, welche für die Geometer gelten, nicht vorgesehen.

Eine weitere Bestätigung dieser Auslegung ergibt sich auch unter Berücksichtigung des königl. Dekrets vom 16. November 1939, Nr. 2229, Art. 1, welches lediglich jene Bauwerke betraf, welche für die "Unversehrtheit der Personen" wichtig waren, also lediglich die zivilen Bauwerke (aber nicht jene gem. Art. 16, Buchstabe I)): „*Jedes Bauwerk aus Beton oder Stahlbeton, dessen Stabilität die Sicherheit bzw. Unversehrtheit der Personen beeinflusst, muss aufgrund eines Projektes errichtet werden, welches unter Berücksichtigung der jeweiligen Kompetenzbereiche von einem in das Berufsregister eingetragenen Architekten oder Ingenieur unterzeichnet ist...*“.

Auch die darauffolgende Regelung (Gesetz Nr. 1086/1971 und Dekret des Staatspräsidenten Nr. 280/2001) hat wiederum bestätigt, dass die Errichtung von Bauwerken aus Stahlbeton aufgrund eines Projektes, welches unter Berücksichtigung der gesetzlich vorgesehenen Kompetenzen von einem ermächtigten, in ein Berufsregister eingetragenen Techniker unterzeichnet ist, erfolgen muss.

Laut dieser in der Rechtsprechung und der Rechtslehre vorherrschenden These, kann somit abschließend zusammenfassend festgehalten werden, dass es dem Geometer untersagt ist, Stahlbetonbauten zu projektieren oder die Bauleitung für solche zu übernehmen, sofern es sich nicht um landwirtschaftliche Gebäude oder „Zubehörbauten“ für landwirtschaftliche Gebäude handelt.

RECHTSPRECHUNG

“I limiti posti dall'art. 16, lett. m, del r.d. 11 febbraio 1929 n. 274 alla competenza professionale dei geometri rispondono ad una scelta inequivoca del legislatore, dettata da evidenti ragioni di pubblico interesse, che lascia all'interprete ristretti margini di discrezionalità, attinenti alla valutazione dei requisiti della modestia della costruzione, della non necessità di complesse operazioni di calcolo e dell'assenza di implicazioni per la pubblica incolumità, indicando invece un preciso requisito, ovverosia la natura di annesso agricolo dei manufatti, per le opere eccezionalmente progettabili dai predetti tecnici anche nei casi di impiego di cemento armato. È pertanto esclusa la possibilità di un'interpretazione estensiva o "evolutiva" di tale disposizione, che, in quanto norma eccezionale, non si presta ad applicazione analogica, non potendosi pervenire ad una diversa conclusione neppure in virtù delle norme - art. 2 l. 5 novembre 1971 n. 1086 e art. 17 l. 2 febbraio 1974 n. 64 - che disciplinano le costruzioni in cemento armato e quelle in zone sismiche, in quanto le stesse richiamano i limiti delle competenze professionali stabiliti per i geometri dalla vigente normativa professionale. E' legittimo l'annullamento mediante esercizio del potere di

autotutela di una concessione edilizia in ragione dell'incompetenza del geometra progettista, rilevabile sotto il profilo dell'assenza di abilitazione alla progettazione di costruzioni civili che non siano di modesta entità e che prevedano l'adozione di strutture in cemento armato."

Consiglio di Stato, sez. IV, 28 novembre 2012 n. 6036

*"Tale motivo è fondato dato che costituisce giurisprudenza assolutamente pacifica e consolidata che "a norma dell'art. 16 lett. m), del r.d. 11 febbraio 1929 n. 274, e come si desume anche dalle leggi 5 novembre 1971 n. 1086 e 2 febbraio 1974 n. 64, che hanno rispettivamente disciplinato le opere in conglomerato cementizio e le costruzioni in zone sismiche, nonché dalla legge 2 marzo 1949 n. 144 (recante la tariffa professionale), **esula dalla competenza dei geometri la progettazione di costruzioni civili con strutture in cemento armato, trattandosi di attività che, qualunque ne sia l'importanza, è riservata solo agli ingegneri ed architetti iscritti nei relativi albi professionali"** (Consiglio di Stato, sez. IV, 22 maggio 2006, n. 3006)"*

T.A.R. Lazio, Latina 30 maggio 2012, n. 415

*"Ai fini dell'autorizzazione amministrativa nessun valore legale può assumere il progetto di costruzione redatto e sottoscritto da un tecnico con qualifica di geometra in quanto la **competenza dei geometri è limitata alla progettazione, direzione e vigilanza di modeste costruzioni civili, con esclusione di quelle che comportino l'adozione - anche parziale - di strutture in cemento armato**; solo in via di eccezione si estende anche a queste strutture, a norma della lett. l) del medesimo articolo 16, R.D. n. 274/1929, purché si tratti di piccole costruzioni accessorie nell'ambito di edifici rurali o destinati alle industrie agricole, che non richiedano particolari operazioni di calcolo e che per la loro destinazione non comportino pericolo per le persone. Ne consegue pertanto l'annullamento del titolo edificatorio e la nullità del contratto di prestazione d'opera stipulato con il geometra".*

T.A.R. Lazio Roma, sez. II, 03 ottobre 2011, n. 7670

"L'art. 16 r.d. 274/1929 ammette la competenza dei geometri per quanto riguarda le costruzioni in cemento armato solo relativamente a opere con destinazione agricola, che non comportino pericolo per l'incolumità delle persone, mentre per le costruzioni civili che adottino strutture in cemento armato, sia pure modeste, ogni competenza è riservata, ai sensi dell'art. 1 r.d. 16 novembre 1939 n. 2229, agli ingegneri e architetti iscritti nell'albo; con le ulteriori precisazioni che tale disciplina professionale non è stata modificata dalla l. 1086/1971 e 64/1974, la quale, sia pure senza un esplicito richiamo delle fonti normative, si limita a recepire la previgente ripartizione di competenze e che a rendere legittimo in tale ambito un progetto redatto da un geometra non rileva che esso sia controfirmato o vistato da un ingegnere ovvero che un ingegnere esegua i calcoli del cemento armato

e diriga le relative opere, perché è il professionista competente che deve essere altresì titolare della progettazione e assumere le conseguenti responsabilità”.

Cassazione civile, sez. II, 02 settembre 2011, n. 18038

“La progettazione di costruzioni civili con strutture in cemento armato esula dalla competenza dei geometri per essere riservata solo agli ingegneri ed architetti iscritti nei relativi albi professionali, come si desume dall'art. 16 lett. l) e m), r.d. 11 febbraio 1929 n. 274 (regolamento per la professione di geometra), dalla l. 2 marzo 1949 n. 144 (recante la tariffa professionale dei geometri) e dalle leggi 5 novembre 1971 n. 1086 e 2 febbraio 1974 n. 64, recanti disciplina delle opere in conglomerato cementizio e delle costruzioni in zone sismiche”.
T.A.R. Lazio Latina, sez. I, 25 maggio 2011, n. 424

“Ai sensi dell'art. 16 lett. e) e m), r.d. 11 febbraio 1929 n. 274, la competenza professionale dei geometri è limitata alla progettazione, direzione e vigilanza di modeste costruzioni civili, con esclusione di quelle che comportino l'adozione, anche parziale, di strutture in cemento armato; solo in via di eccezione, si estende anche a queste strutture, ma a condizione che si tratti di piccole costruzioni accessorie nell'ambito di edifici rurali o destinati alle industrie agricole, che non richiedano particolari operazioni di calcolo e che per la loro destinazione non comportino pericolo per le persone. Per il resto, detta competenza è comunque esclusa nel campo delle costruzioni civili, ove si adottino strutture in cemento armato, la cui progettazione e direzione, qualunque ne sia l'importanza, è riservata solo agli ingegneri ed architetti, né la competenza professionale dei geometri può ritenersi ampliata per il solo fatto che nei nuovi programmi scolastici degli istituti tecnici sono stati inclusi, tra le materie di studio, alcuni argomenti attinenti alle strutture in cemento armato.”

(Conferma Tar Lombardia, Brescia, sez. I, n. 630 del 2007).

Consiglio di Stato, sez. V, 28 aprile 2011, n. 2537

“È legittimo il provvedimento di annullamento, in via di autotutela, di una concessione edilizia per la demolizione di un fabbricato (e la sua ricostruzione, con nuova destinazione d'uso residenziale e commerciale), per l'incompetenza del geometra progettista, sia sotto il profilo dell'entità della costruzione, atteso che la competenza dei geometri è limitata alla progettazione di modeste costruzioni civili, sia sotto il profilo della necessità del rispetto delle prescrizioni antisismiche”.

Consiglio di Stato, sez. V, 28 aprile 2011, n. 2537

“Prima del rilascio di un titolo edilizio, l'autorità comunale deve sempre accertare se la progettazione sia stata affidata ad un professionista competente in relazione alla natura ed importanza della costruzione, in quanto le norme che regolano l'esercizio ed i limiti di applicazione delle

professioni di geometra, architetto ed ingegnere sono dettate per assicurare che la compilazione dei progetti e la direzione dei lavori siano assegnati a chi abbia la preparazione adeguata all'importanza delle opere, a salvaguardia sia dell'economia pubblica e privata, sia dell'incolumità delle persone; è dunque illegittimo il titolo a costruire assentito sul progetto, redatto da un geometra, che preveda strutture in cemento armato,"

T.A.R. Campania Salerno, sez. II, 28 giugno 2010, n. 9772

"I limiti posti dall'art. 16, lett. m, r.d. 11 febbraio 1929 n. 274 alla competenza professionale dei geometri rispondono ad una scelta inequivoca del legislatore, dettata da evidenti ragioni di pubblico interesse, che lascia all'interprete ristretti margini di discrezionalità, attinenti alla valutazione dei requisiti della modestia della costruzione, della non necessità di complesse operazioni di calcolo e dell'assenza di implicazioni per la pubblica incolumità, indicando invece un preciso requisito, ovverosia la natura di annesso agricolo dei manufatti, per le opere eccezionalmente progettabili dai predetti tecnici anche nei casi di impiego di cemento armato. È pertanto esclusa la possibilità di un'interpretazione estensiva o «evolutiva» di tale disposizione, che, in quanto norma eccezionale, non si presta ad applicazione analogica, non potendosi pervenire ad una diversa conclusione neppure in virtù delle norme - art. 2 l. 5 novembre 1971 n. 1086 e art. 17 l. 2 febbraio 1974 n. 64 - che disciplinano le costruzioni in cemento armato e quelle in zone sismiche, in quanto le stesse richiamano i limiti delle competenze professionali stabiliti per i geometri dalla vigente normativa professionale."

Cassazione civile, sez. II, 07 settembre 2009, n. 19292

"Alla luce dell'art. 16 lett. 1) e m) del R.D. 11 febbraio 1929 n. 274, che limita l'esercizio dell'attività di geometra, tra l'altro, a modeste costruzioni civili, tali opere sono da intendersi costruzioni che abbiano limitata volumetria, che per semplicità costruttiva (per struttura non complessa o ripetitività tipologica) non presentino difficoltà tecniche con funzioni di staticità, che quindi richiedano superiori capacità professionali; ciò in quanto le norme che regolano l'esercizio e i limiti di applicazione delle professioni di geometra, architetto e ingegnere sono dettate per assicurare che la compilazione dei progetti e la direzione dei lavori siano affidati a chi abbia la preparazione adeguata all'importanza delle opere, e ciò a salvaguardia sia dell'economia pubblica e privata sia dell'incolumità delle persone."

TAR Bolzano, 20 agosto 2007, n. 285

Die aus praktischer Sicht bedeutendsten Konsequenzen ergeben sich aus den Artikeln 1418, 2229 und 2231 des Zivilgesetzbuches.

Gemäß Art. 1418 ZGB ist „der Vertrag nichtig, wenn er zwingenden Vorschriften widerspricht“ und gemäß Art. 2229 ZGB „bestimmt das Gesetz die geistigen Berufe, zu deren Ausübung die Eintragung in eigene Listen oder Verzeichnisse erforderlich ist“. Unterliegt die Ausübung einer beruflichen Tätigkeit der Eintragung in eine Liste oder ein Verzeichnis, so steht demjenigen, der die Leistung erbringt, ohne eingetragen zu sein, gemäß Art. 2231 ZGB kein Klageanspruch auf Zahlung der Entlohnung zu.

Wendet man diese Normen nun auf den konkreten Fall an, in dem ein Geometer eine Tätigkeit ausübt, welche anderen Berufsgruppen vorbehalten ist, bzw. die Grenzen der eigenen Berufskompetenz überschritten werden, so würde dieses Verhalten einer zwingenden Vorschrift zuwiderlaufen. In der Folge wäre dann somit **der zwischen dem Auftraggeber und dem Geometer abgeschlossene Vertrag nichtig** und der **Geometer hätte kein Recht auf Entlohnung** für seine Leistungen.

RECHTSPRECHUNG

“Quando l'esercizio di un'attività professionale è condizionato all'iscrizione in un albo o elenco, la prestazione eseguita da chi non è iscritto, dando luogo a nullità assoluta del rapporto fra professionista e cliente, rilevabile anche d'ufficio, e privando il contratto di qualsiasi effetto, non dà luogo ad alcuna azione per il pagamento della retribuzione, che non può essere pretesa a nessun titolo, neanche ai sensi dell'art. 2041 c.c. (nella specie, la Corte ha escluso il diritto al compenso per un geometra che aveva posto in essere attività riservate agli ingegneri iscritti nell'apposito albo, venendo meno ai limiti del disposto dell'art. 16 r.d. n. 274/29)”.

Cassazione civile, sez. II, 21/03/2011, n. 6402

“È nullo il contratto tra un geometra e il committente avente ad oggetto la progettazione e la direzione di opere in materia riservata alla competenza professionale degli ingegneri e degli architetti. In tal caso, il professionista non ha titolo ad alcun compenso, non essendo consentito di enucleare e distinguere, con riferimento a un progetto generale di una costruzione da destinare a civile abitazione redatto da un geometra, privo di competenza al riguardo, e che abbia assunto la direzione dei lavori, un'autonoma attività, per le parti di tali lavori inerenti a opere in cemento armato, riconducibile a un ingegnere o a un architetto. La competenza dei geometri è limitata alla progettazione, direzione e vigilanza di modeste costruzioni civili, con esclusione di quelle che comportino l'adozione, anche parziale, di strutture in cemento armato, mentre è ammessa la sua competenza in via di eccezione anche a queste soltanto con riguardo alle piccole costruzioni accessorie nell'ambito degli edifici rurali o destinati alle industrie agricole che non richiedano particolari operazioni di calcolo e che per la loro destinazione non comportino pericolo per le persone”.

Cassazione civile, sez. II, 25/05/2007, n. 12193

Eine weitere, nicht weniger relevante Folge stellt die Annullierung der Baukonzession dar.

Die Gemeinde, welche eine Bautätigkeit erlaubt hat, kann nachträglich, den von ihr erlassenen Verwaltungsakt erneut überprüfen, korrigieren oder gar annullieren/aufheben. Diese Maßnahmen sind nämlich Ausdruck des s.g. Selbstschutzes einer öffentlichen Verwaltung.

Wurde daher eine Baukonzession auf der Grundlage eines von einem Geometer ausgearbeiteten Projekts beantragt, muss die Gemeinde die Unzuständigkeit des Geometers erheben, wenn Stahlbeton zum Einsatz kommt (Ausnahme stellt ja lediglich Zubehörbauten für landwirtschaftliche Zwecke dar), oder es sich nicht um Bauten von bescheidenem Ausmaß oder nicht um zivile Bauten (z.B. eine Industriehalle) handelt.

Widrigenfalls kann die erlassene Baukonzession gerichtlich von Gegeninteressierten, darunter fällt auch die Kammer der Architekten, angefochten bzw. von der Gemeinde, sollte die Unzuständigkeit erst in einem zweiten Moment festgestellt worden sein, im Selbstschutzwege aufgehoben werden.

RECHTSPRECHUNG

“E’ legittimo l’annullamento mediante esercizio del potere di autotutela di una concessione edilizia in ragione dell’incompetenza del geometra progettista, rilevabile sotto il profilo dell’assenza di abilitazione alla progettazione di costruzioni civili che non siano di modesta entità e che prevedano l’adozione di strutture in cemento armato.”

Consiglio di Stato, sez. IV, 28 novembre 2012 n. 6036

“...Ne consegue pertanto l’annullamento del titolo edificatorio e la nullità del contratto di prestazione d’opera stipulato con il geometra”.

T.A.R. Lazio Roma, sez. II, 03 ottobre 2011, n. 7670

“È legittimo il provvedimento di annullamento, in via di autotutela, di una concessione edilizia per la demolizione di un fabbricato (e la sua ricostruzione, con nuova destinazione d’uso residenziale e commerciale), per l’incompetenza del geometra progettista, sia sotto il profilo dell’entità della costruzione, atteso che la competenza dei geometri è limitata alla progettazione di modeste costruzioni civili, sia sotto il profilo della necessità del rispetto delle prescrizioni antisismiche”.

Consiglio di Stato, sez. V, 28 aprile 2011, n. 2537

“Prima del rilascio di un titolo edilizio, l’autorità comunale deve sempre accertare se la progettazione sia stata affidata ad un professionista competente in relazione alla natura ed importanza

della costruzione, in quanto le norme che regolano l'esercizio ed i limiti di applicazione delle professioni di geometra, architetto ed ingegnere sono dettate per assicurare che la compilazione dei progetti e la direzione dei lavori siano assegnati a chi abbia la preparazione adeguata all'importanza delle opere, a salvaguardia sia dell'economia pubblica e privata, sia dell'incolumità delle persone; è dunque illegittimo il titolo a costruire assentito sul progetto, redatto da un geometra, che preveda strutture in cemento armato,"

T.A.R. Campania Salerno, sez. II, 28 giugno 2010, n. 9772

Der Handlungsspielraum des Geometers endet somit an jenem Punkt, an welchem die Verwendung von Stahlbeton notwendig wird (ausgeschlossen sind die ländlichen Bauten) – und somit dort, wo die Zuständigkeit des Architekten und des Ingenieurs beginnt.

Berücksichtigt man zudem, dass die *ratio legis* aller Gesetze im Bereich der Projektierung von Stahlbetonstrukturen in der Sicherheit und Unversehrtheit der Öffentlichkeit zu identifizieren ist (vergleiche königl. Dekret Nr. 1431/1928), erscheint es als nicht denkbar, dass ein von Personen benutztes Bauwerk aus Stahlbeton von einem Geometer projektiert wird. Dies weil es sich in diesem Fall um ein Bauwerk handelt, welches aufgrund seiner autonomen Beschaffenheit kein Zubehörgebäude eines anderen Bauwerks ist, sondern das Ergebnis komplexer Stahlbetonberechnungen darstellt.

Im Übrigen hätte eine extensive Auslegung der Buchstaben l) und m) des Art. 16 vom königlichen Dekret von 1929 wohl eine Liberalisierung zu Gunsten einer gegenüber den Technikern mit Universitätsabschluss minder ausgebildeten Berufsgruppe zur Folge, aufgrund welcher Letztere die Projektierung und die Errichtung von zivilen Bauwerken ausführen könnte.

B) FORMEN DER ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN GEOMETERN UND ARCHITEKTEN/INGENIEURE

Nachdem die Kompetenzen zwischen den verschiedenen Technikern und die begrenzten Zuständigkeiten der Geometer untersucht wurden, muss noch geklärt werden, ob Zusammenarbeiten zwischen Geometern einerseits- und Architekten oder Ingenieuren andererseits, möglich sind, um es somit den Geometern zu ermöglichen, sich in die Projektierung von (auch größeren) zivilen Bauwerken aus Stahlbeton einzubringen.

Der oben genannten These folgend hat sich eine Richtung der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes entwickelt, welche folgendes erachtet hat:

"il progetto redatto da un geometra in materia riservata alla competenza professionale degli ingegneri è illegittimo, a nulla

rilevando né che sia stato controfirmato da un ingegnere, né che un ingegnere esegua i calcoli del cemento armato e diriga le relative opere, perché è il professionista competente che deve essere, altresì, titolare della progettazione, assumendosi la relativa responsabilità”.

Cassazione civile, sez. II, 21/03/2011, n. 6402; cfr. negli stessi termini anche Cassazione civile, sez. II, 26 luglio 2006, n. 17028.

Diese restriktive Auslegung beruft sich auf Art. 3 des Gesetzes über die Strukturen aus Stahlbeton Nr. 1086 vom Jahre 1971, welcher besagt, dass „*der Projektant für die Projektierung von allen Strukturen des Bauwerkes haftet*“.

Aus dieser rechtlichen Vorgabe kann man ableiten, dass ein mit der Projektierung eines Gebäudes beauftragter Geometer die Berechnungen der Stahlbetonstrukturen nicht an einen Techniker mit Universitätsabschluss (Ingenieur oder Architekt) delegieren kann, da immer der beauftragte Freiberufler die Haftung für das gesamte zu errichtende Bauwerk übernehmen muss und nicht nur den Teil der strukturellen Berechnungen übernehmen kann.

Dieselbe Auffassung vertritt auch der Großteil der aktuellsten Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte, welche kürzlich folgendes spezifiziert hat:

“È affetto da nullità il contratto di prestazione d'opera che affidi a un geometra calcoli in cemento armato e ciò anche ove il compito, limitatamente a quelle strutture, venga poi svolto da un professionista abilitato, che ne sia stato officiato dall'originario incaricato; è irrilevante, a tali fini, che l'incarico sia distinto per le parti in conglomerato e non sia stato (sub)delegato dal geometra, ma conferito direttamente dal committente stesso a un ingegnere o architetto, in quanto non è consentito neppure al committente scindere dalla progettazione generale quella relativa alle opere in cemento armato poiché non è possibile enucleare e distinguere un'autonoma attività, per la parte di tali lavori, riconducibile ad un ingegnere o ad un architetto (il che appare senz'altro esatto, poiché chi non è abilitato a delineare l'ossatura, neppure può essere ritenuto in grado di dare forma al corpo che deve esserne sorretto).”

Consiglio di Stato, sez. V, 28/04/2011, n. 2537

In diesem Sinne haben sich des Weiteren verschiedene Regionale Verwaltungsgerichte ausgesprochen:

T.A.R. Umbria, 10 novembre 1981, n. 385, in I T.A.R., 1982, I, 213; T.A.R. Emilia Romagna, Bologna, sez. II, 17 febbraio 1995, n. 71, ivi, 1995, I, 1725; T.A.R. Abruzzo, Pescara, 8 aprile 1982, n. 82, ivi, 1982, I, 1640.

C) SCHLUSSBEMERKUNGEN

Abschließend kann hinsichtlich der Problematik der Zuständigkeiten zwischen Architekten und Geometer zusammenfassend festgestellt werden, dass immer dann, wenn einem Geometer einen Auftrag zur Projektierung, Leitung und Überwachung eines zivilen Bauwerks großer Dimensionen oder aus Stahlbeton (z.B. eine gastgewerbliche Struktur, eine Industriehalle, Strukturen in denen eine öffentliche Aktivität betrieben wird, Mehrfamilienhäuser, Einfamilienhäuser mit mehreren Stockwerken, usw.) erteilt wird,

- der Bauherr riskiert, dass die betreffende Baukonzession nicht ausgestellt wird oder dass dieselbe im Falle der Anfechtung annulliert wird;
- der für den Erlass der Baukonzession zuständige Bürgermeister riskiert eine nichtige oder annullierbare Verwaltungsmaßnahme zu setzen, mit allen daraus folgenden Haftungsrisiken;
- der Geometer einerseits riskiert mit dem Bauherrn einen nichtigen Freiberuflervertrag abzuschließen und andererseits somit zudem das Risiko auf sich nimmt, für seine Tätigkeit nicht bezahlt zu werden.

Ich hoffe Ihre Fragestellung ausreichend geklärt zu haben und stehe Ihnen gerne für allfällige Fragen oder Klärungen zur weiteren Verfügung.

Freundliche Grüße

RA Dr. Andreas Zojer

RA Dr. Ivan Bott